

**Gemeinsame Verwaltungsvorschrift  
des Sächsischen Staatsministeriums  
der Justiz und für Europa und  
des Sächsischen Staatsministeriums des Innern  
über die Erhebung von Sicherheitsleistungen durch die Polizei  
(VwV Sicherheitsleistungen)**

**Vom 1. Juni 1999 <sup>1</sup>**

**I.  
Allgemeines**

Sind Personen, die im Inland keinen festen Wohnsitz oder Aufenthalt haben, einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit dringend verdächtig, können die Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft nach Maßgabe der §§ 127a, 132 der [Strafprozeßordnung \(StPO\)](#) Sicherheitsleistungen erheben. Von Jugendlichen wird die Leistung einer Sicherheit nicht verlangt.

**II.  
Sicherheitsleistung bei Straftaten**

**1. Sicherheitsleistung bei dringendem Verdacht von Straftaten, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls nicht vorliegen (§§ 132, 116a Abs. 1 StPO)**

- a) Voraussetzungen  
Hat der einer Straftat dringend verdächtige Beschuldigte im Inland keinen festen Wohnsitz oder Aufenthaltsort, liegen aber die Voraussetzungen eines Haftbefehls nicht vor, so kann, um die Durchführung des Strafverfahrens sicherzustellen, angeordnet werden, daß der Beschuldigte eine angemessene Sicherheit für die zu erwartende Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens leistet und eine im Bezirk des zuständigen Gerichts wohnende Person zum Empfang von Zustellungen bevollmächtigt.
- b) Anordnungsbefugnis  
Grundsätzlich trifft der Richter die Anordnung. Bei Gefahr im Verzug sind neben der Staatsanwaltschaft auch deren Ermittlungspersonen zur Anordnung befugt.
- c) Gefahr im Verzug  
Gefahr im Verzug liegt in der Regel vor, wenn zu befürchten ist, daß die Anordnung des Richters nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, insbesondere wenn der Beschuldigte ausreisen will und der Richter nicht erreichbar ist oder der Beschuldigte nicht bereit ist, den Richter aufzusuchen.
- d) Höhe der Sicherheit
  - aa) Höhe der zu erwartenden Geldstrafe  
Bei der Festsetzung der Höhe der Sicherheitsleistungen sind die Gemeinsamen Richtlinien der sächsischen Staatsanwaltschaften zur Strafzumessung und zu sonstigen Rechtsfolgen zu beachten. Die Staatsanwaltschaften stellen den Polizeidienststellen diese Richtlinien in der jeweils geltenden Fassung zur Verfügung.
  - bb) Höhe der Kosten des Verfahrens  
Die Kosten des Verfahrens setzen sich zusammen aus Gebühren und Auslagen. Die voraussichtliche Gebühr im Strafbefehlsverfahren beträgt bei einer zu erwartenden Geldstrafe bis zu 180 Tagessätzen 60 EUR und von mehr als 180 Tagessätzen 120 EUR. Wenn die Zustellung an einen Zustellungsbevollmächtigten gegen Empfangsbekanntnis nicht möglich ist, sind als Auslagen für die Zustellungskosten 3,50 EUR anzusetzen. Besondere Auslagen, wie beispielsweise die Kosten eines Blutalkoholgutachtens, sind ebenfalls zu berücksichtigen. Zu den Kosten des Verfahrens gehören nicht die Auslagen für Dolmetscher und Übersetzer, die herangezogen werden, um für einen Beschuldigten, der die deutsche Sprache nicht versteht oder sich in ihr nicht ausdrücken kann, Erklärungen oder Schriftstücke zu übertragen, auf deren Verständnis er zu seiner Verteidigung angewiesen ist.

- cc) **Zweifelsfälle**  
Bestehen Zweifel über die Höhe der zu bestimmenden Sicherheit, setzt sich die Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft mit der zuständigen Staatsanwaltschaft in Verbindung, wenn der Beschuldigte zur Sicherheitsleistung imstande ist.
- e) **Art der Sicherheit (§ 116a Abs. 1 StPO)**
  - aa) **Bargeld**  
Die Sicherheit ist grundsätzlich in Euro (bar) zu leisten. Ist dies nicht möglich, können ausländische konvertierbare Währungen ebenfalls als Sicherheit dienen, wenn der Umrechnungskurs der Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft bekannt oder leicht zu ermitteln und die Ermittlungsperson in der Lage ist, die Echtheit des Geldes zu beurteilen. Ausländische Währungen sind von der Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft nach Möglichkeit in Euro umzutauschen; die Umtauschbelege sind zur Akte zu nehmen.
  - bb) **Andere Arten der Sicherheit**  
Über andere Arten der Sicherheitsleistung, beispielsweise Hinterlegung von anderen Wertpapieren, Pfandbestellung, Bürgschaft geeigneter Personen, Zahlung mittels Kreditkarte, ist im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden.
- f) **Behandlung der Sicherheit**  
Sicherheiten in barem Geld werden bei der Gerichtszahlstelle oder Landesjustizkasse Chemnitz eingezahlt oder auf das Konto der Landesjustizkasse Chemnitz bei der Bundesbank Filiale Chemnitz, IBAN: DE56 8700 0000 0087 0015 00, BIC: MARKDEF1870, überwiesen. Wertpapiere werden ebenfalls den genannten Kassen übergeben. Außerhalb der Dienstzeiten entgegengenommene Sicherheiten werden bis zum folgenden Werktag in hinreichend gesicherten Behältnissen der Polizeidienststellen aufbewahrt. Das Aktenzeichen des Verfahrens oder die Vorgangs-Nummer der Polizeidienststelle, die zuständige Staatsanwaltschaft, der Name des Beschuldigten und der Grund „Sicherheit für Geldstrafe und Kosten“ sind anzugeben. Die Landesjustizkasse Chemnitz oder Gerichtszahlstelle übersendet eine Zahlungsanzeige an die zuständige Staatsanwaltschaft oder, wenn kein staatsanwaltschaftliches Aktenzeichen vorliegt, an die einzahlende Polizeidienststelle unter deren Vorgangs-Nummer. Die Anzeige ist zu den Akten zu nehmen.
- g) **Beschlagnahme**
  - aa) **Voraussetzungen**  
Leistet der Beschuldigte die Sicherheit nicht oder lehnt er es ab, einen Zustellungsbevollmächtigten zu bestellen, können Beförderungsmittel, Gepäckteile und andere Sachen (auch Bargeld), die der Beschuldigte mit sich führt und die ihm gehören, beschlagnahmt werden. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ist zu beachten.
  - bb) **Suche nach Beschlagnahmegegenständen**  
Die Suche nach Beschlagnahmegegenständen ist durch die Beschlagnahmefugnis gedeckt. Insbesondere ist eine Durchsuchung des Fahrzeugs, der Ladung, des Beschuldigten und der mitgeführten Sachen unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes zulässig.
  - cc) **Umfang der Beschlagnahme**  
Der Wert der beschlagnahmten Sachen soll nicht mehr als das Doppelte der festgesetzten Sicherheit betragen. Das Kraftfahrzeug des Beschuldigten soll nicht beschlagnahmt werden, wenn andere geeignete Sachen zur Verfügung stehen. Sachen, die während der Beschlagnahme verderben oder erheblich an Wert verlieren können oder deren Aufbewahrung und Pflege mit unverhältnismäßig hohen Aufwendungen oder Schwierigkeiten verbunden ist, sowie unpfändbare Sachen nach § 811 ZPO, beispielsweise Trauringe oder kleinere Geldbeträge, die zur Beschaffung von Nahrungsmitteln erforderlich sind, sollen ebenfalls nicht beschlagnahmt werden.
  - dd) **Verfahren**  
Für die Anordnung der Beschlagnahme gelten die §§ 94 und 98 StPO. Hat der Beschuldigte gegen die Beschlagnahme ausdrücklich Widerspruch erhoben, ist binnen drei Tagen die gerichtliche Bestätigung herbeizuführen. Die beschlagnahmten Sachen sind sicher zu verwahren und an die zuständige Staatsanwaltschaft zu übergeben. Die Entscheidung über die Herausgabe oder die Verwertung der beschlagnahmten Gegenstände trifft die Staatsanwaltschaft.
- h) **Zustellungsbevollmächtigter**

Der Beschuldigte muß eine im Bezirk des zuständigen Gerichts wohnende Person zum Zustellungsbevollmächtigten bestimmen. Neben Bekannten und Verwandten des Beschuldigten kommen Rechtsanwälte, Vertreter von Automobilverbänden oder Spediteure in Betracht. Das Einverständnis des Bevollmächtigten ist erforderlich; es ist gegebenenfalls fernmündlich einzuholen und aktenkundig zu machen. Hat sich ein Bediensteter der zuständigen Polizeidirektion oder der Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichts hierzu allgemein bereit erklärt, soll in der Regel dieser als Zustellungsbevollmächtigter benannt werden. Die dem Bediensteten aus dieser Aufgabe erwachsenden Aufwendungen trägt die Staatskasse. Mitglieder einer ausländischen diplomatischen Mission oder einer ausländischen konsularischen Vertretung und deren Angehörige können nicht als Zustellungsbevollmächtigte bestimmt werden.

i) Niederschrift

Über die Bestellung eines Zustellungsbevollmächtigten ist eine Niederschrift nach dem Vordruck SN VB 381 zu fertigen. Dabei soll ein Vordruck in einer von dem Beschuldigten beherrschten Sprache ausgewählt werden. Über die Entgegennahme der Sicherheitsleistung ist eine Niederschrift nach dem Vordruck SN VB 382 fertigen. Die Beschlagnahme ist in der Niederschrift zu vermerken.

**2. Sicherheitsleistungen bei Verdacht von Straftaten, wenn die Voraussetzungen eines Haftbefehls ausschließlich wegen Fluchtgefahr vorliegen (§§ 127a, 116a Abs. 1 und 3 StPO)**

a) Voraussetzungen

Hat der Beschuldigte im Inland keinen festen Wohnsitz oder Aufenthalt und liegen die Voraussetzungen eines Haftbefehls nur wegen Fluchtgefahr vor, kann davon abgesehen werden, seine Festnahme anzuordnen oder aufrechtzuerhalten, wenn nicht damit zu rechnen ist, daß wegen der Tat eine Freiheitsstrafe verhängt oder eine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung angeordnet wird. Der Beschuldigte muß jedoch eine angemessene Sicherheit für die zu erwartende Geldstrafe und die Kosten des Verfahrens leisten und eine im Bezirk des zuständigen Gerichts wohnende Person zum Empfang der Zustellungen bevollmächtigen.

b) Anordnungsbefugnis

Solange keine Entscheidung der Staatsanwaltschaft oder des Gerichts vorliegt, ist jede Ermittlungsperson der Staatsanwaltschaft zu der Anordnung befugt.

c) Verfahren

Die Vorschriften zur Höhe und Behandlung der Sicherheit in Nummer 1 Buchst. d und f, über den Zustellungsbevollmächtigten in Nummer 1 Buchst. h sowie über die Anfertigung einer Niederschrift in Nummer 1 Buchst. i gelten entsprechend. Als Sicherheitsleistung sind regelmäßig nur die in Nummer 1 Buchst. e genannten Sicherheiten entgegenzunehmen. Bei Nichterfüllung der Voraussetzungen von Buchstabe a Satz 2 ist die Festnahme aufrechtzuerhalten und der Beschuldigte unter Beteiligung der Staatsanwaltschaft dem Richter vorzuführen. Eine Beschlagnahme des Beförderungsmittels oder anderer Sachen des Beschuldigten ist unzulässig.

### III.

#### Sicherheitsleistung bei Ordnungswidrigkeiten

**1. Verwarnung (§§ 56, 57 OWiG)**

Bei dringendem Verdacht einer geringfügigen Ordnungswidrigkeit ist festzustellen, ob eine Verwarnung ohne Verhängung eines Verwarnungsgelds ausreicht. Andernfalls ist zu klären, ob der Betroffene mit der sofortigen Zahlung eines Verwarnungsgeldes einverstanden ist. Die Benennung eines Zustellungsbevollmächtigten ist nicht erforderlich.

**2. Bußgeldverfahren (§ 46 Abs. 1 OWiG in Verbindung mit §§ 132, 116a Abs. 1 StPO)**

a) Allgemeines

Ist eine Verwarnung nicht ausreichend oder ist der Betroffene mit der Zahlung eines Verwarnungsgeldes nicht einverstanden, kann durch die Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft gemäß § 46 Abs. 1 OWiG in Verbindung mit § 132 StPO bei Gefahr im Verzug die Leistung einer angemessenen Sicherheit angeordnet werden und gegebenenfalls eine Beschlagnahme erfolgen. Die Vorschriften in Ziffer II Nr. 1 Buchst. c, g und i gelten entsprechend, sofern nachfolgend nicht anderes bestimmt ist.

b) Höhe der Sicherheit

aa) Höhe der zu erwartenden Geldbuße

Bei der Ermittlung der zu erwartenden Geldbuße sind die einschlägigen Bußgeldkataloge zu beachten; insbesondere sind die Regelsätze des Tatbestandskatalogs für Verkehrsordnungswidrigkeiten zu berücksichtigen.

- bb) Höhe der voraussichtlichen Gebühr (§ 107 OWiG)  
Die voraussichtliche Gebühr beträgt 5 vom Hundert der Geldbuße, jedoch mindestens 20 EUR und höchstens 7 500 EUR. Die Auslagen sind hinzuzurechnen.
- c) Behandlung der Sicherheit  
Geldbeträge sind entsprechend § 2 SächsOWiG an die zuständige Bußgeldstelle zu überweisen.
- d) Zustellungsbevollmächtigter  
Hat sich ein Bediensteter der zuständigen Verfolgungsbehörde allgemein bereit erklärt, vom Betroffenen zum Zustellungsbevollmächtigten bestimmt zu werden, soll dieser in der Regel benannt werden.

## IV. Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschrift tritt am 1. Juli 1999 in Kraft.

Dresden, den 17. Mai 1999

**Der Staatsminister der Justiz**  
**Steffen Heitmann**

Dresden, den 1. Juni 1999

**Der Staatsminister des Innern**  
**Klaus Hardraht**

---

1 zuletzt enthalten in der [Verwaltungsvorschrift vom 10. Dezember 2013](#) (SächsABl. SDr. S. S 832)

---

### Änderungsvorschriften

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der VwV Sicherheitsleistungen

vom 28. Januar 2001 (SächsABl. S. 117)

Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der VwV Sicherheitsleistungen

vom 12. Februar 2013 (SächsABl. S. 268)

Dritte Gemeinsame Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Europa und des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Änderung der VwV Sicherheitsleistungen

vom 13. Dezember 2013 (SächsABl. S. 296)

---

### Zuletzt enthalten in

Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz über die geltenden Verwaltungsvorschriften des Staatsministeriums der Justiz

vom 6. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 374)